

AUTORINNENPAPIER

7-Punkte Plan: Perspektiven für unsere Landwirtschaft

20. Januar 2024

Von Julia Verlinden und Renate Künast

Wir möchten eine Landwirtschaft, in der Beschäftigte von ihrer Arbeit leben können und gesellschaftliche Anerkennung erfahren. Eine Landwirtschaft, die für die Bedürfnisse der Verbraucher*innen produziert und Klima, Natur und Tierwohl achtet.

Dazu ist es unabdingbar, die anstehenden Zukunftsfragen ernst zu nehmen und anzugehen.

Dürren, Hochwasser und weitere Wetterextreme werden auch künftig zunehmen und das Insektensterben schreitet voran. Das ist für Landwirt*innen existenzbedrohend. Die Landwirtschaft hat jede Unterstützung dabei verdient, um sich diesen wandelnden Anforderungen zu stellen. Das bedeutet Veränderung: Wer zurück zum Gestern will, wird scheitern. Eine Transformation braucht Zeit, Vertrauen und viele, die mitmachen. Zehntausende Landwirt*innen sind bereit und hoffen auf verlässliche Pläne, um den Weg der Neuausrichtung und Zukunftsfähigkeit ihres Betriebes gehen zu können.

In den letzten 50 Jahren sahen sich hunderttausende Bäuerinnen und Bauern zum Aufgeben gezwungen, weil sie dem Dogma des „Wachse oder Weiche“ ausgesetzt waren und die Erzeugerpreise zu niedrig waren, um ihre Kosten zu decken. Die rückwärtsgewandte Agrarpolitik von CDU und CSU hat fortlaufend die Herausforderungen der Zeit ignoriert und den Landwirt*innen immer weismachen wollen, es könnte alles beim Alten bleiben. Allein unter 16 Jahren Merkel-Regierung mussten 140.000 landwirtschaftlichen Betriebe und Bauernhöfe aufgegeben werden. Wir Grüne sind in der Bundesregierung und in der Koalition diejenigen, die jetzt unermüdlich dafür kämpfen, die Landwirtschaft in Deutschland zu unterstützen, sich als zukunftsfähiger Wirtschaftssektor aufzustellen. Wir tun das für die landwirtschaftlichen Betriebe und zur Sicherung unserer aller Ernährung.

Die Landwirt*innen in Deutschland haben unsere ganze Wertschätzung verdient. Einen Hof zu führen, ist nicht mit einem 8-Stunden-Tag getan. Mit ihrem Einsatz sichern unsere Bäuerinnen und Bauern täglich eine essentielle Grundlage - unsere Ernährung. Dafür gebührt ihnen unser Dank. Viele Landschaften und Regionen sind geprägt von Ackerbau, Weinbau und Tierhaltung. Ihre Betriebe sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, insbesondere im ländlichen Raum. Uns geht es um die Menschen, die Tiere und die Umwelt, und zwar auf allen Stufen, vom Acker und vom Stall über die Verarbeitung und Vermarktung bis hin zur Nachfrage der Verbraucher*innen. Wir verfolgen ganzheitliche Ansätze, legen öffentliche Gelder im Sinne des Gemeinwohls an und schaffen für Landwirt*innen die notwendige Planungssicherheit und Verlässlichkeit.

Die aktuellen Proteste zeigen, dass die Landwirtschaft am Scheideweg steht. Schlechte Einkommensperspektiven, eine schlechte Stellung am Markt, ein geändertes Verbraucher*innenverhalten, die Klima- und Biodiversitätskrise, Kriegs- und Krisenfolgen für den Weltmarkt und die Energiepreise - in einer sich so dramatisch verändernden Welt ist ein „Weiter so“ keine Option. Wer diese Herausforderungen ignoriert, führt die Landwirtschaft nicht in die Zukunft, sondern in den Abgrund. Nur ein Beispiel: Die realitätsverweigernde Umweltpolitik der Vorgängerregierung hat dazu geführt, dass wir bei Regierungsübernahme buchstäblich am Rande dieses Abgrundes standen. Milliarden schwere Strafzahlungen aus dem Agrarretats für die Landwirtschaft wegen Ignorierens notwendiger Wasserschutzmaßnahmen der EU-Dünge-Verordnung konnten durch entschlossenes Handeln der Ampel gerade noch abgewendet werden.

Deswegen haben wir uns in der Ampel auf den Weg gemacht mit der Tierhaltungskennzeichnung, einer ersten Milliarde für den Umbau der Tierhaltung, der Ausweitung der Herkunftskennzeichnung für Fleisch, dem Chancenprogramm Höfe, dem Kompetenzzentrum „Proteine der Zukunft“, einer Novelle des Düngegesetzes, Verbesserungen bei Agri-PV, Klimaanpassung und dem

Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz. Doch wir erkennen, dass von diesem positiven Wandel noch zu wenig bei den landwirtschaftlichen Betrieben ankommt.

Wir reichen den Landwirt*innen die Hand, um gemeinsam mit ihnen, Verbraucher*innen, dem Lebensmittelhandwerk, der Wissenschaft und gesellschaftlichen Verbänden einen Weg zu gehen, der die Zukunft der Betriebe ermöglicht. Unser Ziel ist es, landwirtschaftliche Betriebe in Deutschland zu erhalten – den massiven Strukturwandel, der auch in den letzten Jahren unaufhörlich fortgeschritten ist, endlich aufzuhalten. Für uns ist klar: Jeder Hof zählt!

Wie wir das und viele andere Maßnahmen für die Zukunft der Landwirtschaft umsetzen wollen, haben wir hier mit einem 7-Punkte Plan für die ersten Schritten zusammengefasst. Wir wollen den Dialog, wir brauchen das Wissen der Branche und aller gesellschaftlichen Player, dafür stellen wir unsere Vorhaben und Vorschläge zur Diskussion:

1. Für mehr Fairness in der Lebensmittelkette – Erzeuger*innen stärken

Landwirt*innen müssen faire Preise für ihre produzierten Lebensmittel erhalten. In der Praxis können Höfe steigende Betriebskosten oder Mehrkosten für Umwelt- und Tierschutz bislang kaum über höhere Erzeugerpreise abdecken. Im Lebensmittelhandel wird der Preis- und Kostendruck der marktmächtigen Supermarktketten und Lebensmittelkonzerne entlang der Lieferkette an die Landwirt*innen weitergegeben. Nur vier Konzerne stellen aktuell über 85% des Marktes im Lebensmitteleinzelhandel.

Unfaire Handelspraktiken erhöhen auch den Druck auf Arbeitsplätze in der Ernährungsindustrie und auf die Löhne von Saisonarbeiter*innen. Die Ausrichtung auf Export und globale Märkte bringt zusätzliche Unwägbarkeiten mit sich.

Wir arbeiten daran, landwirtschaftliche Betriebe in der Wertschöpfungskette zu stärken, indem wir 2024 im Milchbereich verbindliche Verträge festschreiben (Artikel 148 GMO) und gegen unfaire Handelspraktiken - über eine Novellierung des Agrarorganisationen- und Lieferkettengesetzes (AgrarOLkG) - vorgehen. Erfahrungen aus Frankreich und Spanien zeigen, dass es für Landwirtschaft und Lieferant*innen wichtig ist, verbindliche schriftliche Verträge abschließen zu können. Wir wollen die Marktbeobachtung im Lebensmittelhandel verbessern, indem wir eine Preisbeobachtungsstelle einrichten, welche risikoorientiert die Produktionskosten der Landwirt*innen sowie die Margen innerhalb der Wertschöpfungskette ermittelt. Befragungen zeigen, dass Lieferanten von Frischeprodukten am häufigsten von unfairen Handelspraktiken betroffen sind. Kartellrechtliche Möglichkeiten, die Marktmacht in der Wertschöpfungskette zu beschränken, sollten geprüft und so weit wie möglich ausgeschöpft werden. Landwirt*innen, die ihre Produkte regional vermarkten, haben so auch eine bessere Chance im Wettbewerb.

2. Den Umbau der Tierhaltung fortsetzen und verlässlich finanzieren

Wir wollen tierhaltenden Betrieben eine Zukunft geben. Aktuell arbeiten wir am nächsten Schritt des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes. Damit wollen wir die verbindliche Haltungskennzeichnung auf die Außer-Haus-Verpflegung/Gastronomie und auf verarbeitete Produkte bei Schweinefleisch ausweiten. Wir arbeiten zudem am Einbezug des gesamten Lebenszyklus und an der Ausweitung auf andere Tierarten. Die Rinder stehen hierbei an erster Stelle. Ab dem Frühjahr können Schweine haltende Betriebe Fördermittel aus dem Bundesprogramm zum Umbau ihrer Ställe beantragen. Doch die eine Milliarde Euro, die wir bereits zur Verfügung stellen, reichen nicht für eine Finanzierung des Umbaus der Tierhaltung auf Jahre, der alle Tierarten und alle Vertriebswege umfasst. Die Einführung des Tierwohlcents soll die Landwirt*innen beim Umbau unterstützen. Mit einem solchen für die Verbraucher*innen erschwinglichen Beitrag für den Tierschutz und eine zukunftsfähige Tierhaltung wird eine wichtige Forderung der Borchert-Kommission umgesetzt.

3. Gutes Essen für alle einfach machen

Eine weitere nötige Umstellung für die Landwirt*innen wird von den Verbraucher*innen an sie herangetragen. Laut Ernährungsreport 2023 ernähren sich 46 Prozent der Befragten in Deutschland flexitarisch, essen also nur gelegentlich Fleisch. Acht Prozent ernähren sich vegetarisch und zwei Prozent der Befragten ernähren sich vegan.

74 Prozent legen Wert darauf, dass ein Lebensmittel umwelt- und ressourcenschonend produziert wurde und greifen etwa zu Bioprodukten. Auch Tierschutz ist den Menschen ein wichtiges Anliegen.

Lebensmittel müssen für alle Menschen erschwinglich sein. Die gesunde und nachhaltige Wahl muss ihnen leicht gemacht werden. Das ist eines der Ziele der gerade beschlossenen Ernährungsstrategie der Bundesregierung „Gutes Essen für Deutschland“. Die Preise für Lebensmittel sind stark gestiegen und belasten gerade die unteren Einkommenschichten. Ernährungsarmut ist ein Thema, dem mehr Aufmerksamkeit gebührt, auch mit sozialpolitischen Maßnahmen. Eine Preisbeobachtungsstelle sollte zum Frühwarnsystem ausgebaut werden und Möglichkeiten im Kartellrecht ausgelotet werden.

Gleichzeitig weist auch der Bürger*innenrat „Ernährung im Wandel“ zurecht darauf hin, dass wir die Gemeinschaftsverpflegung in Schulen, Kitas und Krankenhäusern auf gesundes und nachhaltiges Essen umstellen müssen. Das wollen wir gemeinsam mit den Ländern und Kommunen umsetzen. Für die Landwirt*innen schafft die Umstellung der Kantinen auf mehr Obst und Gemüse, bio und regional verlässliche Absatzmärkte.

4. Ökologische Landwirtschaft unterstützen

Die ökologische Lebensmittelwirtschaft steht für ein Ernährungssystem, das widerstandsfähig ist und im Einklang mit den planetaren Grenzen wirtschaftet. In der Biostrategie hat Cem Özdemir Maßnahmen und Wege aufgezeigt, um das Ziel von 30% Ökolandbau zu erreichen. Ein Baustein ist, die ökologische Lebensmittelwirtschaft zum Querschnittsthema zu machen und die Forschungs- und Innovationsmittel auszuweiten. Um das EU-Vorsorgeprinzip umzusetzen, schützen wir das Wirtschaften ohne Gentechnik und garantieren Transparenz für alle Nutzer*innen und Verbraucher*innen. Dafür braucht es Haftungs-, Transparenz und Abstandsregeln in der Landwirtschaft.

Ein wichtiger Baustein für eine zukunftsfähige Landwirtschaft im Einklang mit der Natur ist die Reduktion des Pestizideinsatzes. Dafür soll der integrierte Pflanzenschutz zu einem wirksamen Instrument gemacht werden. Den Export von gesundheitsschädlichen Pestiziden, die in der EU verboten sind, wollen wir unterbinden. Was für uns giftig ist, ist es auch für die Menschen in anderen Ländern.

5. Flächen für die Landwirtschaft erhalten

Ein weiteres Problem sind hohe Pachtpreise und der erschwerte Zugang zu Land. Landwirtschaftliche Flächen sind zum lukrativen Anlageobjekt für außerlandwirt-

schaftliche Investor*innen geworden. Die so genannten „Share Deals“, die Investor*innen nutzen, um das Grundstücksverkehrsgesetz auszuhebeln, müssen beendet werden. Dafür braucht es eine Anpassung der Agrarstrukturgesetze in den Bundesländern. Die grünen Agrarminister von Sachsen und Brandenburg haben hierzu bereits konkrete Initiativen vorgelegt.

Daneben steht die Landwirtschaft in Nutzungskonkurrenz mit Siedlungs- und Verkehrsflächen, aber auch mit der Energieproduktion durch Biogas, Freiflächen-Photovoltaik und Windkraftanlagen. Wir wollen das seit Langem in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung formulierte Ziel, bis 2030 Flächenneuanspruchnahme für Siedlung und Verkehr (von derzeit 55 ha) auf weniger als 30 ha pro Tag zu senken, endlich entschlossen angehen. Agrarflächen sollten mehrfach genutzt werden – für Nahrungsmittelanbau, die Tierhaltung und Photovoltaik. Diese Mehrfachnutzung ist technisch machbar, wir schaffen dafür die notwendige Unterstützung.

6. Bürokratie abbauen

Viele Landwirt*innen ächzen unter überbordender Bürokratie. Das Einhalten von Vorschriften und die ordnungsgemäße Verwendung öffentlicher Mittel muss natürlich weiterhin wie überall in Wirtschaft und Alltagsleben ordentlich nachgewiesen werden. Aber zu vieles wird noch doppelt geprüft oder ist unnötig kompliziert und umständlich geregelt. Das wollen wir vereinfachen, damit Landwirt*innen weniger am Schreibtisch sitzen müssen. Wir wollen einen Praxischeck Bürokratie in der Landwirtschaft durchführen, wie ihn das BMWK bereits erfolgreich im Solarbereich gestartet hat. Damit sollen alle überflüssigen Vorgänge identifiziert und abgebaut werden.

Für die Ausgestaltung der GAP nach 2027 setzen wir uns dafür ein, dass zielgerichtet Leistungen für Klima, Umwelt, Biodiversität, Gesundheit – und damit für das Gemeinwohl – entlohnt werden. Eine klare und einfache Architektur der GAP schafft Planungssicherheit und vermeidet unnötige Belastungen der Landwirt*innen durch komplizierte Antragsverfahren und bei den Dokumentationspflichten.

7. Alternative Antriebe in der Landwirtschaft fördern

Fossile Energien, fossile Kraftstoffe und fossil betriebene Antriebe haben keine Zukunft, wenn wir die Klimaziele, die uns die Klimakrise vorgibt, erreichen wollen. Für die Landwirtschaft gilt es, schnellstmöglich Alternativen für die unterschiedlichen Maschinen zu entwickeln und sie so zu unterstützen, dass sie flächendeckend in die Praxis kommen. Die Verwendung von heimisch erzeugten, reinen Pflanzenkraftstoffen kann eine Alternative für die Landmaschinen darstellen, die sich kurzfristig nicht mit anderen Antriebstechnologien ausstatten lassen. Derzeit prüft die Bundesregie-

rung, wie heimisch erzeugte Biokraftstoffe bevorzugt für die Land- und Forstwirtschaft zugänglich gemacht werden können. Wichtig für uns ist hierbei, dass dies nicht zu einer Ausweitung der Erzeugung von Biokraftstoffen – mit negativen Wirkungen auf Klima und Flächenkonkurrenz - führt, sondern die vorhandene Menge Richtung Land- und Forstwirtschaft umgelenkt wird. Klar bleibt aber auch: die Verwendung von Biokraftstoffen kann nur ein Zwischenschritt bei den Landmaschinen sein, für die aktuell keine anderen Antriebstechnologien bestehen. Für uns zentral bleibt daher einerseits die Entwicklung von Alternativen auch für die schweren Landmaschinen und andererseits die Förderung der Elektrifizierung dort, wo sie bereits heute möglich ist.

Autor*innen:

Julia Verlinden, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Renate Künast, Sprecherin Ernährung und Landwirtschaft